

RELIGIONSUNTERRICHT IN DER BEWÄHRUNG: ERFOLGE – WIDERSTÄNDE – PERSPEKTIVEN

PODIUMSDISKUSSION IM RAHMEN DER TAGUNG DES EAK THÜRINGEN AM 7. NOVEMBER 2009

STATEMENT VON PROF. DR. JOHANNA WANKA MDL,
VORSITZENDE DER CDU-FRAKTION LANDTAG
BRANDENBURG

Wenn wir heute hier über den Religionsunterricht und gerade die Erfahrung in den neuen Bundesländern sprechen, dann beginnt man normalerweise damit festzustellen, was man selber vom Religionsunterricht hält. Aber ich fand Ihren Vortrag heute, Herr Franck, so beeindruckend, dass ich mir eigentlich nur wünsche, ihn schriftlich zu erhalten. Er ist ein herrliches Plädoyer und eignet sich sehr gut für die Diskussion in den Ländern. Also beschränke ich mich auf die Fakten.

Bildung ist Länderhoheit: nach der friedlichen Revolution hat Brandenburg immer eine spd-geführte Regierung gehabt - zum Teil auch eine SPD-Alleinregierung, manchmal mit Beteiligung der Bündnisgrünen. Seit 1998 war die CDU jetzt zehn Jahre als der kleinere Koalitionspartner mit in der Regierungsverantwortung. Ich finde, in Brandenburg hat man im Gegensatz zu Thüringen und im Gegensatz zu Sachsen Anfang der 90er Jahre bezüglich des Schulsystems sehr unglückliche Entscheidungen getroffen. Gefolgt wurden diese Entscheidungen von einer ganzen Welle von Veränderungen. Jährlich im Takt wurde irgendetwas anders gemacht. Als die CDU an die Regierung kam, es nicht darum ging, jetzt noch mal von neuem ein völlig neues Modell wie in Sachsen oder anderes zu etablieren, sondern zu versuchen, Ruhe in das System zu bringen und trotzdem die Dinge ins Positive zu wandeln. Das war der Versuch in den letzten Jahren.

„Und das etwas makabre daran ist - das ist auch für die Kirche schwierig-, dass diejenigen, die das ganz vehement betrieben und verteidigt haben, zwei evangelische Pfarrer waren“

Von Beginn war es politische Grundhaltung in Brandenburg, dass man Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach an den Schulen nicht will, trotz einer Regierungskoalition – man höre und staune aus FDP, SPD und Bündnis90/Die Grünen. Die Grünen hatten das Bildungsressort und sie haben dort, genauer gesagt Marianne Birthler hat eine Handschrift gezeigt, die eben auch dazu führte, dass man versuchte ein Fach als Pflichtfach zu etablieren: Lebenskunde, Lebensgestaltung, Ethik, Religionskunde - kurz LER. Dieses Unterrichtsfach wurde zunächst als Modellversuch eingeführt. Nachdem die SPD diesen Modellversuch als erfolgreich eingeschätzt hatte, wurde es als Pflichtfach ab der siebten Klasse etabliert. Und das etwas makabre daran ist - das ist auch für die Kirche schwierig-, dass diejenigen, die das ganz vehement betrieben und verteidigt haben, zwei evangelische Pfarrer waren: Steffen Reiche als damaliger Bildungsminister und Manfred Stolpe als Ministerpräsident. Das machte es auch schwierig. Bei jemandem aus der evangelischen Kirche hörte man von vornherein erst mal genauer hin, wenn er für ein solches Fach plädiert, als wenn das jemand aus der roten Ecke oder aus irgendeinem anderen Umfeld gewesen wäre.

LER ist damals also als Pflichtfach eingeführt. Dies ging in einer Art „Schnellbesohlung“ vonstatten, Lehrer wurden an der Universität Potsdam mit Grundkenntnisse für dieses Fach ausgestattet. Die katholische Kirche war sehr

konsequent und hat sich geweigert, einen Kirchenstaatsvertrag, der ja auch finanzielle Zuwendungen in nicht unbeträchtlichem Maße enthält, zu unterzeichnen, solange wie eine Klage der Kirchen gegen dieses Fach LER anhängig war. Die evangelische Kirche hat das nicht getan. Wir haben '96 einen Kirchenstaatsvertrag abgeschlossen. Die katholische Kirche war erst, als das Verfahren 2000 mit einem Vergleich abgeschlossen wurde, bereit einen Kirchenstaatsvertrag abzuschließen – natürlich unter einer ganz anderen Finanzsituation des Landes noch 1996. Die katholische Kirche hat diese Entscheidung letztlich viel Geld gekostet. Ich fand es immer sehr achtenswert, dass man dort so konsequent an dieser Stelle war. Das hat auch viele bestärkt in ihrer Haltung, dass es wichtig ist, dagegen anzutreten.

2000 also wurde der Rechtsstreit mit einem Vergleichsvorschlag des Bundesverfassungsgerichts beendet. Entsprechend diesem Vorschlag wurde schließlich das Brandenburger Schulgesetz dahingehend verändert, dass nun Religionsunterricht angeboten wird aber nur als kirchlicher Religionsunterricht, der in den öffentlichen Schulen stattfindet. Die Schulen stellen also sozusagen die Räumlichkeiten dafür zur Verfügung. Außerdem wurde vereinbart, dass dieser Religionsunterricht in den normalen Stundenplan integriert wird. In der Regel darf ein Kind demnach dann den Religionsunterricht besuchen, wenn es sich ordnungsgemäß von LER abgemeldet hat. Darüber hinaus beteiligt sich das Land Brandenburg finanziell an den Kosten des Religionsunterrichtes. Das sind also die Rahmenbedingungen des damaligen Vergleiches, auf dessen Basis die Kirchen begonnen haben, in Brandenburg Religionsunterricht anzubieten.

„Im letzten Schuljahr sind ungefähr 9,5 fast 10 % der Schüler, die LER als Pflichtfach hatten, in den Religionsunterricht gewechselt.“

Ein großes Problem für den Religionsunterricht in Brandenburg ist die demographische Entwicklung im ländlichen Bereich. Es gibt in Brandenburg ländliche Regionen, in denen die Zahl der Schüler auf 40 % zurückgegangen ist. Aus diesem Grund lässt man sehr kleine Klassen zu, so dass die kritische Masse, die Zahl der Schüler die überhaupt Religionsunterricht in Anspruch nehmen möchte, so gering ist, dass kein finanzieller Zuschuss ausgegeben wird. Gleichwohl: betrachtet man die gesamte Statistik, dann ist seit 2006 das Interesse der Schüler am Religionsunterricht kontinuierlich. Das lässt sich an der Zahl der Abmeldungen von LER ablesen. Im letzten Schuljahr sind ungefähr 9,5 fast 10 % der Schüler, die LER als Pflichtfach hatten, in den Religionsunterricht gewechselt. Eine Motivation liegt sicherlich darin, dass das ordentliche Schulfach LER mit einer Note auf dem Zeugnis erscheint, die auch über eine Versetzung entscheiden kann. Für den Religionsunterricht gilt das nicht.

Die Forderung, den Religionsunterricht ähnlich zu bewerten, wird heftig bekämpft. Die Erteilung von Noten im Religionsunterricht, jeder kleine Punkt musste hart erkämpft werden. Hier verlief zu Zeiten der rot-schwarzen Koalition stets eine klare Front innerhalb der Landesregierung. Also die Kirche im Bündnis mit der CDU-Seite innerhalb der Landesregierung und auf der anderen Seite die SPD. Und jetzt haben wir die Situation, dass praktisch diejenigen, die sich dafür engagieren können, alle außerhalb der Landesregierung stehen. Hinzutritt nun noch die Bewegung der letzten Jahre, dass nach dem Urteil in Berlin und dann auch in Brandenburg humanistische Lebenskunde als Fach gleichberechtigt neben dem Religionsunterricht angeboten werden können muss. In Brandenburg hat der Humanistische Verband natürlich damit zu kämpfen, genügend Lehrer zu finden. Es wurde also eine Vereinbarung geschlossen, dass das Fach in den Klassenstufen, in denen LER Pflichtfach ist, *nicht* angeboten wird, derzeit also ab der siebten

Klasse. Diese humanistische Lebenskunde findet man in den Klassenstufen eins bis vier, in den Klassenstufen fünf und sechs soll das laut Koalitionsvereinbarung flächendeckend ausgedehnt werden. Da setzten sie an. Und nun kann man sich vorstellen, was das bedeutet. Und dazu muss man wissen, dass dieser humanistische Verband immer versucht hat, in den letzten Jahren als Religionsgemeinschaft anerkannt oder gleichgestellt zu werden, und Gelder zu erwerben. Es gab immer gute Gründe dafür, dass dies nicht möglich war und auch keine Fördergelder ausbezahlt wurden. Jetzt steht aber im Koalitionsvertrag explizit steht, dass man fördern will - eine explizite Aussage der rot-roten Landesregierung. Das heißt also der Kampf um die Köpfe der Kinder oder um die Herzen, aber denen geht es ja nicht um die Herzen, der nimmt jetzt - glaube ich - ganz andere Formen an und da ist auch die Nähe zu Berlin an der Stelle überhaupt nicht hilfreich.

„Ich finde es sehr gut, dass wir heute hier diese Diskussion haben und dass wir vor allen Dingen auch darüber reden sollten, wie man eine öffentliche Debatte überall diese Fragen initiiert.“

Ich finde es sehr gut, dass wir heute hier diese Diskussion haben und dass wir vor allen Dingen auch darüber reden sollten, wie man eine öffentliche Debatte überall diese Fragen initiiert. Wir brauchen diese Debatte gerade in Brandenburg. Hier haben sehr viele – auch SPD-Wähler – ein Riesenproblem mit diesen Fragen, weil keiner damit gerechnet hat, weil es keinerlei Anzeichen gab, weil es keine Signale für eine derartige Entwicklung gab. Ich habe immer gepredigt: wer SPD wählt, der weiß nicht was er kriegt, weil sie sich die Entscheidung offen lassen: Entweder uns – die Union - mit im Paket oder die rot-rote Variante. Aber daran haben noch nicht mal die eigenen SPD-Leute geglaubt. Jetzt haben wir die Situation. Und gerade jetzt müssen wir die Zeit in den nächsten Wochen und Monaten nutzen, um die vielen - und das sind sehr viele bürgerliche Elternhäuser, die jetzt sehr erschrocken sind - zu sensibilisieren. Ansonsten haben wir den Durchmarsch ab der ersten Klasse: humanistische Lebenskunde, LER. Dann bleibt der kleine Anteil, die 10 % oder vielleicht werden es noch ein paar mehr, die die Möglichkeit haben, vom Elternhaus gefördert zu werden - oder falls sie vielleicht keine Note wollen, das kann ja manchmal hilfreich sein - in den Religionsunterricht zu gehen.

Vielleicht noch eine Bemerkung, die zeigt wie wichtig es war in den letzten Jahren, dass die CDU mit in der Regierung war in Brandenburg: Die evangelische Kirche hat sich bemüht, eine evangelische Schulstiftung zu gründen. Eine Stiftung muss man entsprechend beim Innenminister anmelden etc. In Berlin wurde das verhindert. Wir in Brandenburg, Jörg Schönbohm und ich haben es dann geschafft, dass wir diese evangelische Schulstiftung in Brandenburg anerkannt und akzeptiert haben für den Gesamttraum – ebenso die katholische Schulstiftung. Das mögen Kleinigkeiten sein, aber das zeigt auch eine gewisse Geisteshaltung, dass man dann Fragen thematisierte, die wirklich abwegig waren, wenn die Kirche dahinter steht auch mit ihrer Finanzkraft, mit ihren Möglichkeiten. Mir geht es darum um zu illustrieren, dass nicht nur die großen politischen Schlachten geschlagen werden, sondern dass es bis ins ins Kleingedruckte geht. Bisher hatten wir die Möglichkeiten vieles in Brandenburg Seite an Seite mit den Kirchen zu realisieren. Jetzt haben wir hier eine völlig veränderte Situation. Man muss wissen, wenn man über Säkularisierung spricht, dass Brandenburg natürlich eine ganz andere Bevölkerungsklientel als Thüringen hat. Bei uns sind die ganzen „alten Truppen“ noch da, das prägt die Bevölkerungsstruktur und das hat zur Folge, dass bei uns die Stasi jetzt nicht nur in der Regierung sitzt, sondern auch - wenn man die Zahlen vergleicht - im Lehrbereich oder in der Polizei. Es geht bei uns also um ganz andere Dimensionen, ich kann ja ganz neidisch auf die Zahlen von Thüringen

gucken, das ist bei uns ein weiteres Problem. Deshalb finde ich diese Diskussion heute positiv, weil ich hoffe, Anregungen mitzunehmen. Anregungen auch dafür, was wir als gemeinsamer Landesverband für Berlin und Brandenburg hier auf den Weg bringen können, Herr Meißner. Vielleicht macht das jetzt gerade in dieser Konstellation besonderen Sinn.